

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 98.

Donnerstag, den 27. April 1916.

23. Jahrg.

Der Zwist mit Amerika.

Von Dr. H. H. Südekum, M. d. R.

Während wir alle einem raschen und gesicherten Frieden entgegenhoffen, ist in dieser Osterzeit statt dessen die Gefahr einer neuen schweren Verwicklung aufgetaucht. Sie ist mit dem amerikanischen Ultimatum vom 20. April d. J. gegeben. Es hängt von der deutschen Antwort auf die amerikanische Note und von deren Aufnahme in Amerika ab, ob die letzte noch nicht offiziell am Kriege beteiligte Weltmacht auch weiterhin „neutral“ bleiben wird oder nicht. Wir sind zu der Annahme berechtigt, daß die deutsche Reichsregierung alles, was in ihrer Macht steht, tun wird, um den Ausbruch des offenen Konfliktes zu verhindern. Dagegen sind wir leider nicht so sicher, daß die amerikanische Regierung und Volkswertretung den guten Willen haben, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben.

Zu diesem Urteil über die amerikanische Politik gelangt ich nicht nur auf Grund des allen Zeitungslesern bekannten Materials, sondern gestützt auf dauernde briefliche Berichte sehr klarblickender und unterrichteter amerikanischer Freunde, die seit mehr als einem Jahre nicht müde geworden sind, mit Warnungen vor den Unberechenbarkeiten Wilsons und seines Kabinetts zu senden. Bis vor kurzem waren meine Freunde dennoch der Meinung, es sei für die Erhaltung des Friedens immerhin noch sicherer, die amerikanische Regierung behalte die Entscheidung in der Hand, als daß sich der Kongreß ihrer bemächtigt; dort sei der englische Einfluß noch stärker, die Interessen fremder Verhältnisse noch größer, die Sensationslust und die Selbstüberschätzung noch gefährlicher, als in den Regierungsbüros. Jetzt kommt es auf diese seine Unterscheidung nicht mehr an: Regierung und Volkswertretung sind in der Schärfe des Auftretens gegen Deutschland offenbar eines Sinnes, und nachdem Wilson die Zustimmung der Parteiführer beider Häuser — unter denen sich seine ernsthaftesten Rivalen bei der kommenden Präsidentenwahl befinden! — zu seiner Note vorher eingeholt, nachdem er die Note sodann unter dem Jubel beider Parteien (der Demokraten und der Republikaner) im Kongreß verlesen hat, ist eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden für auswärtige Angelegenheiten maßgebenden amerikanischen Instanzen ganz unwahrscheinlich geworden. Es gibt in Amerika zurzeit keine erhebliche in Rechnung zu stellende Kraft mehr, die sich auch nur der äußersten Konsequenz eines Konfliktes des Landes mit Deutschland hindernd oder verzögernd in den Weg werfen könnte. Weder sind die Deutsch-Amerikaner geneigt und imstande, durch innere Schwierigkeiten, durch Sabotage der Kriegsvorbereitungen oder was dergleichen mehr ist, den Ausbruch eines Krieges mit Deutschland aufzuhalten, noch ist dazu das irische Element fähig, obwohl die organisierten Irländer auf ihrem Nationalkongreß in St. Louis vor kurzem ihrer unzweifelhaften Abneigung gegen den englischen Todfeind ihrer Nationalität unverblümten Ausdruck gegeben haben. Auch auf den mächtigen Einfluß des am Baumwollexport interessierten Südens und des nicht übertrieben englandfreundlichen Westens der Vereinigten Staaten darf man keine große Hoffnung setzen. Und die Sozialisten? Daß von diesen so gut wie gar nichts zu erwarten ist, daß sie vielmehr in der inneren wie in der äußeren Politik ihres Landes ein beinahe unbeachtlicher Faktor sind, ist eine der Eigentümlichkeiten des amerikanischen Freistaats, eine Eigentümlichkeit, die bestimmten Leuten viel zu denken geben kann. Im übrigen ist auch festzustellen, daß ein großer Teil der amerikanischen Sozialisten mit auffälliger Bereitwilligkeit auf die englischen Phrasen vom Kampf gegen den „deutschen Militarismus“ und für die „westliche Demokratie“ nebst obligatem „Schutz kleiner Nationen“ eingeschlagen hat und deshalb dem Präsidenten von Morgans Gnaden bei der Unterstützung seiner von edlen Grundtönen und Gefühlen geradezu triefenden antideutschen Politik vorausichtlich die Seeresolge nicht verjagen wird; neben diesen Elementen verschwinden die paar wirklich klarsehenden, theoretisch gut durchgebildeten und mit europäischen Verhältnissen vertrauten Sozialisten fast ganz.

Die drohende amerikanische Note, die am Vorabend des Osterfestes in Deutschland bekanntgegeben worden ist, bot demjenigen keine Ueberraschung, der den Gang der amerikanischen Politik seit Kriegsausbruch verfolgt hat. Wir haben es in dieser Politik mit den hartnäckigen Versuchungen zu tun, die formalen Regeln des Völkerrechts ebenso wie die enormen materiellen Hilfskräfte der Vereinigten Staaten den Gegnern Deutschlands als Waffen zur Verfügung zu stellen und dabei unter Berufung auf allerhand göttliche und menschliche Einrichtungen den Schein der Neutralität aufrecht zu erhalten. Nicht als ob das alles von Vorneherein istig eronnen oder gar durch einen Vertrag mit England programmatisch festgelegt gewesen wäre. Solch ein Vertrag besteht wohl nicht. Aber wenn er bestände — keine gewöhnliche Ausföhrung würde sich schwerlich vom heutigen Zustande der Dinge unterscheiden können. Von bloßen Sympathien, die auf Gemeinsamkeit der Sprache und der Kultur, leicht erklärlichen Vorurteilen, auf jülicher Unterstützung materieller und ethischer Volksträfte und auf Beein-

flussung durch eine gigantische englische Propaganda be- zogen, ist die amerikanische Regierung unter Wilsons Lei- tung zu einer formell notdürftig gerechtfertigten Art von „Neutralität“ gekommen, die alsbald riesenhaft große Ka- pitalinteressen auf die Seite der Gegner Deutsch- lands stellte; und das war es um sie geschehen. Seit dem Tage, wo das erste Schiff mit Granaten und Kriegs- automobilen, mit Revolvern, Gewehrpatronen und Gas- flaschen die Reise über den Ozean antrat, um den Feinden Deutschlands die Mittel zur Befestigung, ja zur Zerschmette- rung Deutschlands zu bringen — seit jenem Tage ist das Ver- hältnis zwischen den Vereinigten Staaten und uns nur noch eine einzige große konventionelle Lüge ge- wesen. Das Land, das uns schon schwerer Anheil in dieser Kriegszeit gebracht hat, weil seinem struppelosen und erbarmungslosen Geschäftssinn unsere Feinde allein die Mit- tel verdanken, um Tausende und Tausende unserer modernen Brüder niederzustrecken, brüht sich als „Hüter des Völ- kerrechts“ und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne uns in phrasenreichen Notizen über „Pflichten der Menschlichkeit“ zu belehren!

Es gehört viel kühle Ueberlegung dazu, unter solchen Umständen den Schein guter Beziehungen bestehen und im Interesse des Friedens fünf gerade sein zu lassen. Die deutsche Regierung hat bisher diese kühle Ruhe nicht ver- missen lassen und wurde dabei — wie der Ausgang der U-Boot-Erörterung im Reichstag gezeigt hat — von der Mehrheit der Volkswertretung selbstbewußt unterstützt. Dem Treiben einiger Heißsporne, die einen „rücksichtslosen“ U-Bootkrieg, selbst auf die Gefahr ernstlicher Verwicklungen mit Amerika hin, empfahlen, ist die deutsche Regierung fest ent- gegengetreten, und die überwältigende Mehrheit des Reichs- tags hat unter Anerkennung der Notwendigkeit energischer Abwehr des englischen Ausbungerungsplanes durch unsere U-Bootwaffe die Berücksichtigung „der berechtigten Interessen der Neutralen“ bei der Anwendung dieser Waffe ausdrücklich zur Bedingung gemacht.

Es besteht für uns kein Zweifel, daß die deutschen U-Bootkommandanten mit entsprechenden Weisungen ver- sehen und des ersten Willens sind, so zu handeln. Wenn dennoch bei den unvergleichlich gefährlichsten kriegerischen Handlungen, die der U-Bootkrieg erheischt, hier und da Neu- trale zu Schaden kommen, so ist das tief beklagenswert. Aber ein großer Teil der Schuld daran trifft (neben England) die amerikanische Regierung, die nichts gegen die von England beliebte Bewaffnung der Handels- dampschiffe einzuwenden gehabt hat. Einmal schon es freilich so, als ob auch in Amerika das Verständnis für die besonde- ren Bedingungen des U-Bootkrieges aufgedämmert; das war in der Note, welche Staatssekretär Lansing am 18. Jan- uar 1916 an die kriegführenden Mächte richtete. Darin hieß es:

„Sein heutigen Stande des Unterseekrieges läßt sich die Aufstellung von Geschützen auf Rauffahrtsschiffen einzig durch die Absicht erklären, die Handelschiffe den Unterseebooten an Stärke überlegen zu machen und zu verhindern, daß sie von die- sen gewarnt, visittiert und durchsucht werden. Deshalb scheint es, als ob die Bewaffnung eines Handelschiffes den Charakter einer Angriffsbewaffnung habe.“

Daß es sich in der Tat so verhält, haben die von deut- schen Unterseebooten auf englischen Handelsdampfern gefun- denen Geheimbefehle der britischen Admira- lität bewiesen. Und wenn es darüber hinaus noch einer Bekräftigung bedürft hätte, so ist sie in dem Umstand ge- geben, daß sich neuerdings englische Kanoniere mit Geschützen sogar auf neutralen Handelschiffen und gegen den Willen ihrer Kapitäne installiert haben, offensichtlich nur zu dem Zwecke, die dem englischen Schiffsbestand gefährlich werdenden deutschen U-Boote in aller Ruhe zu vernichten. Nichts — wie gesagt — hat trotz jener halb vergessenen Note vom 18. Januar 1916 die amerikanische Regierung getan, um diesem gefährlichen Treiben Einhalt zu gebieten, obwohl es ihre völkerrechtliche Pflicht gewesen wäre, bewaffnete Handelsdampfer, auch der Entente-mächte, die ihre Häfen an- ließen, als das zu behandeln, was sie sind, nämlich als Kriegs- schiffe einer kriegführenden Partei.

Auch noch in anderer Richtung hat die amerikanische Re- gierung versagt. Deutschland hat ihr angeboten, den U-Boot- krieg einzustellen, wenn sie sich energisch gegen die völkerrechtswidrige englische Ausbungerung Deutsch- lands wende und England entweder zwingt, die Blockade Deutschlands effektiv zu machen, oder den Verkehr der Neu- tralen mit Deutschland zu gestatten. Diesen Vorschlag auch nur zu diskutieren hat Amerika abgelehnt! Dadurch ha- ben aber Wilson und sein Kabinett bewiesen, daß es ihnen nicht, wie sie vorgeben, um die theoretische und grundsätzliche Aufrechterhaltung des Völkerrechts zu tun ist, sondern, daß sie Völkerrechtsbestimmungen nur dann gewahrt wissen wol- len, wenn England daraus einen Nutzen hat. Ehrliche und aufrechte Amerikaner haben das auch anerkannt und offen ausgesprochen. Ich erinnere nur an Professor W. Burges von der Columbia-Universität zu Newyork, der unerschrocken die gefährliche Einseitigkeit aufgezeigt hat, die der Wilson- schen Behauptung zugrunde liegt, nicht das (von Deutschland erwartete) Ausjülvot von Waffen und Munition entspreche den Grundtönen der Neutralität, sondern gerade ein solches Ausfuhrverbot sei in Wirklichkeit ein Bruch der Neutralität. Wenn auch — leider! — die deutschen Vertreter auf den Haager Völkerrechtskonferenzen in der Frage der Waffen- und Munitionslieferungen während eines Krieges einer anderen Ansicht Ausdruck gegeben und dadurch die jetzige Lage unseres Reiches nicht unbedeutlich verschlechtert haben, so bleibt doch der Sophismus Wilsons deshalb nicht weniger ein Sophismus. Uebrigens hat sich der amerikanische Präsident durch die ungehinderte Ausfuhr von Kriegsmate- rial aller Art nach den Ländern der Feinde Deutschlands des- einzigen ernsthaften Druckmittels begeben, das er zur rechten Zeit zugunsten eines Friedensschlusses hätte be- nutzen können.

Wir wiederholen, daß wir die feste Ueberzeugung haben, die deutsche Reichsregierung werde auch in dieser ernstlichen Stunde alles tun, was in ihren Kräften steht, um einen Krieg mit Amerika zu vermeiden. Die amerikanische Note läßt auch mindestens zu Verhandlungen noch Möglich- keiten offen. Sie ist ein formelles Ultimatum, aber sie ist nicht befristet. Sie heißt von Deutschland „jetzt und jetzt“ — ein Aufgeben seiner gegenwärtigen Me- thode des Unterseebootkrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe, das heißt über andere Methoden wird sich reden lassen, oder wenigstens darüber, ob andere Methoden denkbar und anwendbar sind. Ueber die ungewöhnliche Schärfe der Ausdrücke in der professoralen Note werden unsere Regierungsstellen in dem Bewußtsein dessen, was von ihrer Entscheidung abhängen kann, leicht hinwegkommen. Jetzt ist nicht die Zeit, internationale Zeremonienmeister über den Umgang mit Menschen zu befragen, und eine hembärm- liche Wahrheit ist uns immer lieber gewesen, als eine ge- schminzte und gepuzte Lüge. Nachdem man zwanzig Monate lang in Amerika die englischen Schauerberichte von den „deut- schen Grausamkeiten“ verschlungen hat, nachdem die englisch- sprechende Bevölkerung in einen furchtbaren Deutschenhaß hineingeholt worden ist und nachdem Wilson selbst die nicht- pro-englisch fühlenden und handelnden Amerikaner als „Sindestrichamerikaner“ und als verdächtige Pa- trioten in seiner Kongreßhofschaft denunziert hat, muß er selbst im Verkehr mit Deutschland einen hahnbüchernen Ton anschlagen, um in seinem aufgeregten Lande überhaupt ver- ständnis zu werden. Für Deutschland, wo in der überwiegen- den Mehrheit der Bevölkerung auch durch die Parteinäpfe der amerikanischen Regierung für unsere Feinde der Wunsch nach Fortdauer guter Beziehungen zu den Vereinigten Staa- ten nicht getötet werden konnte, besteht kein Anlaß, auf den großen Krieg nun einen großen Keil zu setzen. Wir können unsere gerechte Sache schlicht und redlich verteidigen und uns dabei von dem Gedanken wie immer, so auch jetzt wieder- leiten lassen, daß wir bei der mannhaften Vertretung unserer eigenen Lebensnotwendigkeiten den berechtigten In- teressen der Neutralen (in diesem Falle der Ameri- kaner) gebührend Rücksicht erweisen wollen. Deshalb wollen wir in dieser ernstlichen Stunde die Hoffnung noch nicht auf- geben, daß es gelingen möge, den Zwist mit Amerika vor- äußerster Verschärfung zu bewahren.

Von den Kriegsschauplätzen.

Einen energischen Vorstoß hat gestern die deutsche Hoch- seeflotte gegen die englische Ostküste unternommen. Teile unserer Hochseestreitkräfte haben besetzte Küstenplätze und darauf eine Gruppe englischer Kreuzer und Torpedoboots- zerstörer erfolgreich unter Feuer genommen. Während die Engländer die Bekämpfung von zwei Kreuzern und einem Zerstörer selbst zugeben, kann die deutsche Mitteilung sogar

die Versenkung von drei Schiffen berichten. Daß es möglich war, die Mannschaft eines dieser Schiffe ungestört an Bord zu nehmen, beweist die vollkommene deutsche Ueberlegenheit an der Kampfstelle. Daß es aber die Mannschaft des „König- stein“ ist, die im Gefecht geborgen wurde, dieselbe Man- schaft, die zu sagen mag, um deutsche Schiffsbrüche, fern- aller Gefahr für die Retter, an Bord zu nehmen, das ist

Neuwahlen in Finnland.

Von einem finnischen Genossen wird geschrieben: Für den kommenden Sommer stehen in Finnland Landtagswahlen bevor...

Im Herbst 1915, als das Jahr ohne Landtagsession abzulaufen schien, wurde die Petersburger Regierung durch das Präsidialkomitee daran erinnert...

Der zweite Grund, der der Regierung die Neuwahlen als zweckmäßig erscheinen lassen konnte, ist vielleicht darin zu suchen...

Nachdem die russische Duma endlich wieder versammelt ist und auch ziemlich kräftige Töne vernahmen läßt...

Für die Neuwahlen sind die Wählerlisten bereits abgeschlossen, auch sind die Wahlausschüsse bereits in Tätigkeit getreten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Lücke im Kriegssteuergesetz.

Der Steuer sollen nach den Beschlüssen der ersten Lesung auch die im Veranlagungszeitraum angekauften Gegenstände

aus edlem Metall, Perlen, Edelsteinen usw. unterliegen, wenn der Wert eines oder mehrerer zusammengehöriger Gegenstände mindestens 500 Mark beträgt.

Dem Vermögen sind diejenigen Beträge zuzurechnen, die im Veranlagungszeitraum zum Erwerb von Möbeln, Teppichen und Hausrat aller Art...

Ob man damit die Drückeberger besser fassen kann, ist im Moment nicht zu übersehen. Jedenfalls aber steht fest, daß das Steuergesetz in der zweiten Lesung gründlich umgearbeitet werden muß.

Ein Regierungstrost über den Fleischmangel.

Die Katastrophe, die mit der Festsetzung von Höchstpreisen für Rindfleisch eintrat, hat die preußischen Regierungsstellen gezwungen, einen neuen Erlass herauszugeben.

Bis zum 1. Oktober werden die meisten Landwirte mit ihren Vorräten reicher; vor diesem Termine haben in der Regel die Hauschlachtungen auch nicht stattgefunden.

Wenn auch über den jetzigen Stand unserer Viehhaltung erst das Ergebnis der Viehzählung vom 15. April ein klares Bild geben wird, so kann doch angenommen werden...

wird sich hiermit, wie mit anderen Opfern, die der Krieg ihr auferlegt, abfinden müssen und bei sachgemäßer, den Bedürfnissen der schwerarbeitenden Bevölkerung vorzugsweise Rechnung tragender Einteilung...

Mit allem Nachdruck sollen die Oberpräsidenten dafür sorgen, daß die ihrer Aufsicht unterstellten Viehhandelsverbände, die ihnen auferlegte Aufgabe vollständig und rechtzeitig erfüllen.

Eine berechtigte Frage.

Die „Welt am Montag“ schreibt unter der Spitzmarke: „Die wirkliche Freiheit der Meere“:

Weil es doch immer gut ist, daß man weiß, was man will, darf man unsere Marinisten vielleicht bitten, uns zu verraten, was sie unter Freiheit der Meere verstehen.

Also, bitte! Es gibt nämlich Menschen, die niederrührig genug sind zu meinen, bei solch einer Aufklärung würde schließlich an den Tag kommen, daß es entweder eine reale Freiheit der Meere nicht geben kann...

Aus der Partei.

Die Parteidifferenzen in Braunschweig sind nach zwei Versammlungen, die sich mit der Fraktionspaltung und mit den Vorgängen in der Partei beschäftigen, zu einem vorläufigen Abschluß gekommen.

Der Wermolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Göring).

52. Fortsetzung.

„Und was forderten sie vom Doktor Luther?“ „Was anders, als daß er ihren Prediger zwingt, daß er seine Prophezeiung wahr mache...“

„Und was entgegnete der gelehrte Mann?“ Er soll ja auch Rechtens studiert haben.“

„Gnädigster Herr, die Worte des Mannes kann ich nicht wieder her sagen; der spricht nicht mit dem Mund allein.“

„Was dem armen Teufel alles in die Schuhe geschoben wird!“ lachte der Bischof. Der Kurfürst aber sagte: „Der gelehrte Augustiner hätte doch dem armen Stiefel die Ausrede überlassen sollen.“

„Was mich am meisten Wunder nimmt,“ sagte der Bischof, „ist, wo die armen Bawern von Lothau noch ein Mittagsessen fanden.“

„Wenn bischöfliche Gnaden erlauben,“ erhob sich der Subprior, der, wenn es zu Tisch ging, immer nächstem wurde, „vielleicht wie Kaiser Karl IV.“

„Einen leeren Tisch, durchlauchtigster Markgraf, nichts in Küch und Keller, und einen Abt, der nicht, wie unser Hochwürdigster, in der Not sich zu helfen wagt.“

„Es war offenbar ein Schwanz, der auf den Lippen des lustigen Gesichtes schwebte, eine Gesichtszüge, die vielleicht den meisten, selbst dem, welcher danach fragte, bekannt war.“

andern; war's nicht um die, er schlug ein Kreuz und ließe davon. Von denen am Tisch fürsteten wenigstens drei, was die Bawern in Lothau gezürdet, jeder gab aber viel darum, daß der andere nichts von seiner Juracht merke.

„So kam's,“ harrte der Subprior erzählt, „daß Kaiser Karl IV., der Ruzelburger, von einer Jagd mit seinem fürnehmen Gefolge, als er man jetzt sagt, wie eine Bombe bei uns ins Haus fiel.“

„Ein gut Gericht, eine Kraftsuppe, wie ein Weidmann, der ausgehungert ist, liebt.“ Domine Abba! sprach Ragelwid, erst Schlachtzeit, dann eine Suppe.“

„Das sage ich dir, Ragelwid, daß du mir auch nicht ein Schwein schlachtest.“ Da rief sich Ragelwid die Stirn, aber er kniet es raus. Bald brodelte ein Kessel mit Erbsen überm Feuer...

feines. — Da wurden alle neugierig, und gingen mit dem Kaiser und dem Abt in den Stall, und die Schweine grunzten juchend, und sie zählten sie, und wie er gefagt, es fehlte keines; es war aber auch keines, das auch nur noch ein Ohr gehabt.“

